

Zur politischen
Berichterstattung im
Fernsehen – Eine Polemik

Schere im Kopf

Hans Dieter Zimmermann

Zu Beginn seines berühmten Romans *Ratzenkymarsch* erzählt Joseph Roth die Geschichte des Helden von Solferino. Ein junger Wachtmeister der Infanterie kommt in der Schlacht von Solferino durch Zufall in die Nähe des Kaisers Franz Joseph und reißt ihn um, als es gefährlich wird, mehr instinktiv als absichtlich, was dem Kaiser das Leben rettet. Der Wachtmeister Trotta wird daraufhin zum Offizier befördert und geadelt. Er lebt später zufrieden auf seinem Landgut und widmet sich der Erziehung seines Sohnes, bis er eines Tages in dessen Lesebuch die Geschichte des Helden von Solferino entdeckt. Der Held des Lesebuchs ist Leutnant der Kavallerie, auf schweißnassem Fuchs haut er den Kaiser, der tapfer auf seinem Schimmel ficht, aus einem Rudel von Feinden, selbst schwer verletzt. Nichts davon stimmt. Trotta ist empört und geht bis zum Kaiser nach Wien, der seinen Retter wohlwollend in Audienz empfängt. Das sei halt für den Schulgebrauch, meint der Kaiser. Aber es ist gelogen, sagt Trotta. Es wird viel gelogen, antwortet darauf der Kaiser.

Es wird viel gelogen? So falsch war die Geschichte im Lesebuch ja nicht: Die Schlacht fand statt, Trotta rettete dem Kaiser das Leben. Doch das fast banale Ereignis wurde in der Erzählung stilisiert, heroisiert, also zurechtgemacht, damit eine hübsche Lesebuchgeschichte daraus wurde, eine Geschichte, wie sie eben nicht das Leben schreibt, sondern wie sie dem Muster entspricht, das wir dafür parat haben.

Heute bestimmt nicht das Medium des Lesebuchs, wie wir geschichtliche Ereignisse begreifen, sondern – weitgehend – das Medium des Fernsehens. Dessen Kriterien sind von denen des alten Lesebuchs nicht so unterschieden, wie die neue Technik vermuten lässt. Eine gut erzählte Geschichte braucht immer noch Helden und Opfer, Kampf und Befreiung, Sensationen und Skandale. Interesse findet vor allem das Außergewöhnliche. Das lehrt immer noch die Journalistenschule: Hund beißt Briefträger ist keine Nachricht. Briefträger beißt Hund, das ist eine Nachricht.

Also: Bleibt die Elbe in ihrem Bett, ist das keine Nachricht. Überflutet sie Dresden, ist das eine wunderbare Nachricht. Mit Hochwasser-Bildern werden die Zuschauer förmlich überschwemmt, bis die Flut weicht. Dann gibt es ein neues Thema. Was mit den Schäden ist, wie die Menschen weiterleben, ob die finanzielle Hilfe kommt, wann die Verkehrsverbindungen wiederhergestellt sind, das ist kaum eine Sendung wert. Wer etwa nach der Flut über Dresden nach Prag reisen wollte, musste sich wie in alten Zeiten bei Reisenden erkundigen, Prager Freunde anrufen, den Automobilclub fragen. Die bekannte Informationsflut der Medien half ihm nicht weiter.

Es findet eine Selektion der Ereignisse nach ihrem Nachrichtenwert statt, besser nach ihrem Sensationswert. Eine Geiselnahme in einem Musical-Theater in Moskau: Das ist ein Ereignis, über das drei Tage lang ausführlich im Fernsehen berichtet wird. Sind die Geiseln befreit oder

tot, gibt es noch zwei Tage lang Mutmaßungen über den Verlauf der Befreiung, und dann ist Sendeschluss. Wochenlang erfahren wir nichts über Russland oder Tschetschenien. Keine Hintergrund-Berichte über das Land: Wo liegt es überhaupt, wie sind die Verhältnisse jetzt, wie waren sie früher, was ist der Grund für den Streit? Wird das alles als bekannt vorausgesetzt?

Christoph Türcke spricht vom „Nachrichten-Hochdruck“. Damit meint er den „Druck, mit dem die Nachrichten heute aufs Publikum abgeschossen werden müssen, damit sie überhaupt haften bleiben und nicht in der allgemeinen Informationsflut untergehen“. Es gehe den Fernseh-Redakteuren nicht um das Aufbereiten, sondern um das Brisantmachen von Ereignissen. So auch im Beispiel Tschetschenien.

Erst wenn wieder ein Bomben-Attentat in Grosny Menschenleben fordert, gibt es Berichte, aber eben auch nur über dieses Attentat. Was an Hintergrund fehlt, wird durch Authentizität wettgemacht: Bilder der blutenden Opfer, der verumummten Terroristen. Bilder schließlich des Korrespondenten, der mit viel Geld und Aufwand von Moskau nach Grosny geflogen wurde, um dort vor einer Ruine zu stehen und einige belanglose Sätze zu sagen, die auch dadurch, dass sie vor Ort gesagt werden, nicht klüger werden.

Falsche Authentizität

Diese falsche Authentizität hat groteske Züge. Als der kurze Afghanistan-Krieg begann, wurden Korrespondenten ins entlegene nördliche Afghanistan gebracht, wo sie in kargen Bergen vor einigen Hütten saßen, hunderte Kilometer entfernt von den Ereignissen. Doch jeden Abend wurden sie mit großer Mühe in „Tagesschau“ und „heute“ geschaltet und befragt, wie es denn jetzt gerade in Afghanistan so kurz vor dem Krieg ausschau. Das war authentisch. Etwa so authentisch, als wenn

jemand, der im Norden Berlins lebt und vor einer Kamera Auskunft gibt über ein Hochwasser in Köln am Rhein, 600 Kilometer entfernt.

Wahrscheinlich wussten diese armen Korrespondenten weniger als der Fernsehzuschauer zu Hause, der über alle Medien-Informationen verfügte, auch über die im Hörfunk und in der Zeitung. Man mache einmal den Versuch: Eine halbe Stunde am Abend sehe man die „Tagesthemen“ des ersten Programms oder das „heute-Journal“ des zweiten Programms. Dann lese man am nächsten Morgen eine halbe Stunde die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* oder die *Süddeutsche Zeitung*. Die Zeitungslektüre bringt mehr Überblick und Informationen in der halben Stunde als das Fernsehen. Natürlich kann die Zeitung nicht die authentischen Bilder bieten.

Bilderfolgen, wie sie das Fernsehen aneinander reiht, sind dem Denken abträglich. Das ist seit Jahren bekannt. Es wird nur nicht ins öffentliche Bewusstsein gehoben, denn dieses ist weitgehend abhängig von der Fernsehberichterstattung, die wenig Neigung zeigt, sich selbst zu reflektieren. Das liegt nicht nur daran, dass Journalisten, die jeden jederzeit gern kritisieren, sich selbst ungern der Kritik aussetzen. Es liegt auch am Medium selbst, das der rationalen Argumentation schwer zugänglich ist.

Wer liest, wer Zeitungen und Zeitschriften liest, ist – das zeigen die Untersuchungen – in der Lage, die Sendungen des Fernsehens vernünftig zu nutzen. Nicht nur weil sie auswählen, sondern weil sie über die nötigen Hintergrund-Informationen verfügen, die es ihnen erlauben, Zusammenhänge herzustellen, die das Fernsehen ihnen in seiner Berichterstattung nicht bietet.

Eine schon ältere Studie des Allensbacher Instituts für Demoskopie hat von 1953 bis 1979 das Interesse für Politik in der Bevölkerung der Bundesrepublik untersucht. 1953 antworteten 27 Prozent der Be-

fragten mit „Ja“ auf die Frage „Interessieren Sie sich für Politik?“, 1979 waren es schon fünfzig Prozent. Die Zunahme des Interesses für Politik war eindeutig mit der Verbreitung des Fernsehens gekoppelt. Doch: „Das eigentlich Unverständliche trat erst hervor, wenn man das stark gestiegene Interesse für Politik mit einem zweiten Befund der Langzeit-Studie zusammenhielt: Das aktuelle politische Wissen, die Informationen über politische Namen und Daten waren 1979 nicht besser als 1953.“ Die meisten Zuschauer scheinen die Politik, so wie sie diese am Bildschirm erleben, für eine Art Kasperletheater zu halten, das sie amüsiert, das sie aber eigentlich nicht verstehen.

Politik als Inszenierung

In diesem Kasperletheater, in dem die Journalisten die Fäden ziehen, spielen die Politiker die bekannten Rollen: der gute Kasper und der zwielichtige Geselle, die brave Gretel und der tumbe Hansel usw. Die Rollen sind verteilt, aus einer festgelegten Rolle ist schwer wieder herauszukommen. Die Politiker werden zu Darstellern in diesem Medien-Theater. Und wer sich gut darstellt im Fernsehen, der gilt als guter Politiker, nicht wer ein guter Politiker ist. Wer sich viel mit Aktenordnern befasst wie der bayerische Ministerpräsident – Politik besteht heutzutage vor allem aus der Lektüre von Akten –, der ist nicht so mediengerecht wie der versierte Bundeskanzler, der immer so energisch auftritt. Dass die Medienwirksamkeit etwas ist, was mit wirksamer Politik nichts, aber auch gar nichts zu tun hat, das hätte man sich schon denken können. Insofern ist die Enttäuschung über die neu gewählte alte Bundesregierung nach der Wahl vom September 2002 Ergebnis einer Werbe-Aktion, an der die Fernsehberichterstattung wesentlichen Anteil trägt: Sie half mit, die heiße Luft zu erzeugen, die schon drei Tage nach der Wahl dem Image von Gerhard Schröder entwich.

Man vergleiche nur den Film, den die ARD über Edmund Stoiber brachte, mit dem, den sie über Gerhard Schröder machte.

Robert Musil sagte einmal: Ein Mann, der besonders männlich aussieht, ist es in der Regel nicht. Ein Politiker, der besonders kompetent aussieht, ist es in der Regel nicht, könnte man demnach sagen. Aber wer kompetent aussieht, kommt gut an, also wird er gewählt. Der beste Schauspieler im Medien-Theater ist derzeit wohl der Bundesaußenminister: wie er immer die Stirn in Falten legt, bedeutsam über die Brille sieht, bedächtig das Wort ergreift. Ein Denker, so scheint es, dem das Schicksal der Nation am Herzen liegt. Der Lohn für seine großartige Darbietung: Seit langem steht er auf Platz eins der beliebtesten Politiker, wiewohl er als Außenpolitiker nichts Besonderes zu Stande brachte. Man vergleiche seine Leistungen etwa mit denen von Scheel und Brandt oder mit denen von Genscher und Kohl. Doch wer ist Kohl? Im Kasperletheater eine Figur, über die man lachen darf. Über Fischer darf nicht gelacht werden, wie komisch er auch ist. Ihn nehmen die Berichter immer ernst, bei Kohl können sie ihre Häme kaum zurückhalten.

Politiker und Journalisten sind aufeinander angewiesen. Die Politiker brauchen das Wohlwollen der Journalisten; sie wollen oft ins Fernsehen; nur wer bekannt ist, wird gewählt. Und eitel sind sie auch, sie genießen ihre Macht. Die Journalisten wiederum brauchen effektvolle Neuigkeiten. Sie wollen attraktive Sendungen machen. Und eitel sind sie auch: Sie sind auch gern im Fernsehen und genießen auch ihre Macht. So arbeiten sie Hand in Hand, und der eine liefert dem anderen, was er braucht. Ein Medienkartell, das darüber bestimmt, was gesagt und getan wird und was nicht gesagt und nicht getan wird.

Damit kommt man zu den Präferenzen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, das den Löwenanteil der politischen Be-

richterstattung trägt und das die größte Reichweite hat, also tonangebend ist. Die These lautet: *Die politische Berichterstattung im Fernsehen übt eine doppelte Selektion aus, die einer Zensur gleichkommt.*

Freiwillige Zensur

In der Regel nennen wir Zensur, wenn eine Zeitung oder ein Sender von einer staatlichen Instanz gezwungen wird, Nachrichten zu unterdrücken. Aber Publikationsorgane können auch von sich aus Zensur ausüben, wenn sie ihren Lesern oder Hörern oder Zuschauern Nachrichten vorenthalten. So kommt es im Fernsehen zu einer doppelten Selektion von Nachrichten:

Erstens: Die durch das Medium Fernsehen bedingte Selektion kann zur Quazzensur werden, wenn die Nachrichten nach Skandalen und Sensationen gesichtet werden und andere Nachrichten herausfallen.

Zweitens: Die durch politische Präferenzen der Fernsehmacher bedingte Selektion kann zur Unterdrückung von Nachrichten führen. Diese Selektion ist Ausdruck eines Machtwillens, der bestrebt ist, den Status quo zu erhalten; die politischen Präferenzen sind weniger das Ergebnis von Ideologie als von Denkfaulheit, freilich ist Denkfaulheit auch ein konstituierender Bestandteil des Mediums Fernsehen.

Wenn Ideologie falsches Bewusstsein ist, dann bietet das Fernsehen viel falsches Bewusstsein. Falsches Bewusstsein könnte man das Ziel der Werbung nennen. Zigaretten sind lebensgefährlich. Sie werden in der Werbung als das Gegenteil angeboten: Wer raucht, hat mehr vom Leben. Politik wird vermarktet; von Werbefirmen beraten, versprechen die Politiker mehr, als sie halten können. Selbst die Behinderten sind in der Werbung allzeit fröhliche Menschen, die sich immer gern ein Späßchen erlauben. Wie sagte der Kaiser: Es wird viel gelogen.

Die Werbespots prägten inzwischen, meint Christoph Türcke, die Standards wirkungsvoller Mitteilung, nicht nur im Fernsehen. Geballt, in Kürze und mit briosanen Bildern erzeugten sie eine „Atmosphäre der Behaglichkeit, des Prickelns, des Begehrens oder des Neids“. Diese Werbespots seien stilbildend für viele Fernseh-Sendungen geworden, auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehen, das mittlerweile auch in eigener Sache mit solchen Spots werbe. Sie seien nicht mehr Zubehör oder Lückenfüller, sondern die „tragende, zusammenhaltende Kraft“, deren Selbstgewissheit unerschütterlich sei. Der Werbespot, der den schönen Schein als Realität behauptet, wird zur Fernsehsendung schlechthin.

Was in der Auseinandersetzung heute fehlt, ist ein Instrument, das in der Studenten-Rebellion gehandhabt wurde bis zum Überdruss: Ideologiekritik, die den falschen Schein zerreißt, um zu den dahinter liegenden Tatsachen vorzustoßen. Deshalb ist es auch vorschnell, die jetzige Situation in den Medien und in der Politik den 68ern in die Schuhe zu schieben. Die damaligen Studenten waren theoriebesessen, sie suchten Zusammenhänge und stellten Zusammenhänge her. Deshalb faszinierten sie ja Marxismus und Psychoanalyse, weil sie so hübsche geschlossene Systeme bilden, die alles und jedes aus einem Punkt erklären können. Diese Studenten gingen von falschen Voraussetzungen aus, aber auf diesen Voraussetzungen bauten sie folgerichtige Gedankengebäude. Sie konnten denken, und sie wollten denken. Sie suchten hinter der Oberfläche nach den wahren Gründen. Insofern lernten sie bei Karl Marx und bei Sigmund Freud, möchte deren Dogmatik auch fragwürdig sein, etwas, was uns heute in der öffentlichen Diskussion so schmerzlich fehlt: das Denken, das Strukturen aufdeckt, das Interessen offen legt, das sich mit der Oberfläche der Ereignisse nicht zufrieden gibt. Das

sich nicht zufrieden gibt mit dem nichts sagenden Personal, das vor dem Vorhang steht, hinter dem die Entscheidungen fallen.

Was von der Studentenrebellion geblieben ist, sind deren Stereotypen. Freilich waren die 1968 von einer gewissen Berechtigung, heute sind sie es nicht mehr; das ist nicht zuletzt das Verdienst der 68er. Aber immer noch werden die alten Ziele behauptet, als gehöre heute noch Mut dazu. Damals waren die Homosexuellen noch deklassiert, damals waren die Frauen an den Universitäten noch unterrepräsentiert, damals gab es noch ein paar alte Nazis. Je weniger Mut es kostet, umso lautstärker wird das Geschrei. Je länger der Nationalsozialismus zurückliegt, umso stärker wird die Empörung über ihn, eine Geste, mit der man nichts mehr riskiert wie noch in den fünfziger und sechziger Jahren, als man eine Mauer des Schweigens durchbrechen musste. Heute erntet man Beifall mit diesem „geschenkten Wissen“, das man sich nicht erobern musste.

Tabuisierung

Die Diffamierung von Minderheiten wurde bis heute nicht überwunden, die Minderheiten wurden nur ausgetauscht. Die Selbstgerechtigkeit, mit der früher über Minderheiten geurteilt wurde, dieses dumme Gefühl der Überlegenheit der Besseren über die Minderen, dies ist erhalten geblieben. Wir können sie täglich bei den prominenten Moderatoren des öffentlich-rechtlichen Fernsehens bewundern: die Gut-Menschen, die wissen, was wir denken sollen, und die uns wie früher die strengen Lehrer vor Gedanken bewahren, die uns in die Irre führen könnten. Wie sagte neulich Arnulf Baring: „Abgesehen von der Sexualität, sind bei uns alle Themen tabuisiert.“ Das war übertrieben. Sicher: Die Sexualität war früher tabu, deshalb meinen wir heute, wenn offen über Sexualität gesprochen

werde, gebe es keine Tabus mehr. Doch dem ist nicht so.

Die heutigen Tabus lassen sich in drei Klassen einteilen:

- in solche Themen, über die gar nicht gesprochen werden darf,
- in solche Themen, über die nur auf eine festgelegte Weise gesprochen werden darf,
- in solche Themen, über die bestimmte Leute sprechen dürfen, andere aber nicht. Dazu einige Beispiele.

Ein Thema, über das gar nicht gesprochen werden darf, ist die so genannte Zuwanderung. Schon eine Andeutung des Themas wird sofort von einer geballten Wut in der veröffentlichten Meinung niedergemacht. Nicht was der hessische Ministerpräsident über die Zuwanderung denkt, empört alle Rechtgläubigen, sondern dass er überhaupt darüber nachdenkt, und dies auch noch öffentlich; das geht zu weit. So ist er zum Buhmann der Nation geworden. Schlimmer noch: Er befragte die Bevölkerung, sonst ein basisdemokratisches „linkes“ Mittel. Unterschriften zu sammeln ist nur den so genannten Linken erlaubt, nicht aber den so genannten Rechten und nicht bei jedem Thema. Unterschriftensammlungen gegen den Irak-Krieg oder gegen den Castor-Transport sind wunderbar, Unterschriftensammlungen gegen mehr Zuwanderung sind grauenhaft.

So erfahren wir nichts über den Anteil der Ausländer an der Kriminalität in Deutschland, nichts über ihren Anteil an den Sozialhilfe-Empfängern und nichts über ihren Anteil an den Arbeitenden und Arbeitslosen. Sind so genannte Asylbewerber im Drogenhandel tätig? Ist die Jugendkriminalität unter Ausländern besonders stark? Davon darf nicht gesprochen werden. Das Thema ist tabu. Wenn jemand wie der Hamburger Richter und jetzige Innensenator Schill das Thema aufwirft, wird er als rechtsradikaler Populist verfolgt. Reflexartig reagiert jeder Gut-

Menschen auf den Namen Schill wie ein Pawlowscher Hund: indiskutabel. Seine Argumente müssen nicht bedacht werden: Sinds sie berechtigt, sind sie es nicht? (Wenn man sagt, man möchte seine Argumente erst anhören, bevor man sie verwirft, gilt man schon fast als Schill-Anhänger und muss nicht mehr gehört werden.)

Ein Beispiel aus Berlin. Die 28 000 Schulanfänger wurden 2001 in Berlin von Schulärzten untersucht. Der Bericht wurde im Spätsommer 2002 der Gesundheitssenatorin Knaake-Werner, PDS, übergeben. Mitte Januar 2003 war er noch nicht veröffentlicht, obwohl die Kinderärzte ihn dringend benötigten. Die Mitarbeiterin einer Berliner Tageszeitung (*Der Tagesspiegel*, 16. Januar 2003) deckte dies auf. Der Bericht zeigt eindeutig die Defizite der Kinder „nichtdeutscher Herkunft“: Es sind fehlende Sprachfertigkeit und gesundheitliche Mängel verschiedener Art. Das zieht sich durch den ganzen Bericht. Und das ist der Grund, warum der Bericht unterdrückt wird, wie der zuständige Gesundheitssenator Schulte-Sasse schließlich zugab: „Das Thema sei so wichtig, dass es nicht von einer Diskussion über die Bewertung und Präsentation der Fakten überlagert werden dürfe.“ Hier entscheidet also eine Hand voll Politiker, was die demokratische Öffentlichkeit wissen darf und was nicht. Hier wird Zensur ausgeübt. Das ist nicht nur demokratifeindlich, es ist auch ausländerfeindlich. Denn den Kindern ausländischer Herkunft kann nicht geholfen werden (etwa durch Vorschule), wenn ihre Defizite nicht bekannt sind.

Fehlender Diskurs

Das ist nur ein allerdings besonders eklatantes Beispiel für die gezielte Unterdrückung öffentlicher Diskussion. Einerseits endloses Palaver in so genannten Talk-Shows, andererseits keine ernsthafte Auseinandersetzung über die anliegenden Probleme. Auch die Skandalisierung dient

der Vernichtung des öffentlichen Diskurses. Kaum zeigt sich ein Ansatzpunkt ernster Auseinandersetzung über ein tabuisiertes Thema, schon wird er niedergemacht. Diejenigen, die sich demokratischer Gesinnung brüsten und deshalb Skandal rufen, verhindern entschieden eine demokratische Auseinandersetzung. Beispiel „deutsche Leitkultur“. Ein vernünftiger Begriff, den der CDU-Politiker Friedrich Merz brachte. Sofort brach ein Sturm der Entrüstung los. Merz musste退titieren, auch die CDU ließ ihn im Stich. Keiner wagte, das Verdikt zu durchbrechen. Niemand will das schwarze Schaf der Nation sein.

So etwas sagt man nicht, das ist ein böses Wort, fuhr die Tante dem Kind früher über den Mund. Das Kind musste den Mund ausspülen, weil es ein schmutziges Wort gebraucht hatte. So geht es bei uns im politischen Leben zu?

Deutsch-türkischen Studentinnen, die sich mit Lessing, Goethe und Fontane beschäftigen und nach dem Staatsexamen als Deutschlehrerinnen mühsam ausländischen Kindern in Schulen Neuköllns die deutsche Sprache und einige Verhaltensregeln beibringen, zum Beispiel dass man Meinungsverschiedenheiten nicht mit dem Messer austrägt, die hätten mit dem Begriff „deutsche Leitkultur“ schon etwas anfangen können. Denn es gibt Ausländer und Kinder von Ausländern, die zu Deutschen geworden sind, weil sie eben unsere Sprache wie wir sprechen, hier geboren und groß geworden sind und zu uns gehören, für die diese „deutsche Leitkultur“ etwas Erstrebenswertes ist. Sie leisten einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt unserer Institutionen, von denen etliche ohne diese deutschen Ausländer schon zusammengebrochen wären. Auch ein Gutteil der Dreckarbeit, zu der die Deutschen sich zu schade sind, wird von diesen Ausländern übernommen.

Es gilt eben zu differenzieren: Ausländer ist nicht Ausländer. Eine Binsenweis-

heit. Aber man darf es nicht sagen. Alle Ausländer sind gut? Multi-Kulti, was auch immer das sein mag, heißt die Devise. Deutsche Leitkultur, das ist verboten. So wird der öffentliche Diskurs verhindert von einer Reihe von Politikern und Journalisten, die an wichtigen Hebeln der symbolischen Gewalt sitzen. Wir brauchen Informationen und erhalten keine, wie brauchen Diskussion, und es gibt keine.

Versagen der Medien

Hier versagt das öffentlich-rechtliche Fernsehen, das von jedem Bürger zwangsfinanziert wird; es erfüllt seinen Auftrag nicht. Ich zitiere aus einer Untersuchung über die Befindlichkeit der Deutschen, die im letzten Jahr eine Forschungsgruppe um den Soziologen Wilhelm Heitmeyer vorlegte (*Die Zeit*, 7. November 2002). Demnach sind die Deutschen nicht so unmündig, wie die Fernsehmacher zu glauben scheinen. 71 Prozent sind dafür oder eher dafür, dass Muslime hier zu Lande nach ihren eigenen Gesetzen leben sollten, selbst 55 Prozent können noch Lautsprecher-Aufrufe zum Gebet in der Moschee akzeptieren, 80 Prozent der Männer, 75 Prozent der Frauen verneinen den Satz „Die in Deutschland lebenden Ausländer sollten sich ihren Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten suchen“, sind also offen für enge Verbindungen zwischen Deutschen und Ausländern. Und immerhin 76 Prozent der Männer und 69 Prozent der Frauen würden die in Deutschland lebenden Ausländer auch dann nicht zurückdrängen, wenn die Arbeit knapp wird. Natürlich gibt es da immer einen erheblichen Prozentsatz, der anderer Meinung ist. Aber das ist es ja gerade: Man sollte darüber sprechen und das Für und Wider erörtern dürfen und die verschiedenen Gruppen zu Wort kommen lassen. Freilich gibt es dann einen Unterschied zwischen den Medienmachern, die Senator Schill so skandalös finden, und der

Mehrheit der Bürger, die das offensichtlich nicht finden. Immerhin 87 Prozent meinen, Verbrechen sollten härter bestraft werden.

Es ist nicht nur wichtig, welches Thema auf welche Weise behandelt wird, sondern auch, wer es behandelt. Es ist leicht vorstellbar, dass Innenminister Schily, hätte er denn von „deutscher Leitkultur“ gesprochen, mit einem gewissen Wohlwollen behandelt worden wäre. Andererseits: Hätte Edmund Stoiber im Wahlkampf von „deutschem Weg“ gesprochen und nicht Gerhard Schröder, wäre die Empörung groß gewesen. Das schärfste Geschütz hätte man aus dem Keller geholt: Nazi-Vergleiche. Bei Gerhard Schröder dagegen wurde sanft darüber hinweggegangen, schließlich ging es auch gegen die Amerikaner und deren Irak-Krieg.

Antiamerikanismus

Antiamerikanismus ist ein Vorurteil, das erlaubt ist. Es richtet sich mal gegen die amerikanische Regierung, mal gegen die amerikanische Industrie, gegen die amerikanische Lebensweise – die Energieverschwendungen –, gegen die amerikanische Zivilisation, kurzum gegen den amerikanischen Imperialismus, der doch nur das Erdöl, zuerst in Afghanistan, jetzt im Irak, haben will. Antiamerikanisch darf man sein, ja, man muss es manchmal sogar wie etwa im Falle des Irak-Krieges. Von Saddams Verbrechen hört man wenig, aber die Fehler des amerikanischen Präsidenten, des amerikanischen Systems, die beschäftigen viele Journalisten hier zu Lande.

Schwer begreiflich, aufgrund welcher historischer Erfahrung dieser Antiamerikanismus in Deutschland entstanden ist. Es waren schließlich wir Europäer, die im 20. Jahrhundert den Nationalsozialismus und den Kommunismus erfanden, nicht die US-Amerikaner; der eine kostete etwa sechzig Millionen Menschenleben, der zweite ungefähr hundert Millionen. In

beiden Fällen waren es die Amerikaner, die das Schlimmste für Europa verhinderten. Glaubt man dem, was man jetzt allenthalben liest, dann waren es wohl vor allem die deutschen Bodenschätze, die amerikanische Soldaten dazu brachten, 1945 die Gefangenen in den Konzentrationslagern von Buchenwald und Mauthausen zu befreien. In der Tat hat hier der Antiamerikanismus seine doppelte Wurzel in Deutschland: Im Nationalsozialismus und im Kommunismus, deshalb funktioniert er im Osten Deutschlands auch immer noch besser als im Westen; dort waren beide totalitären Systeme tätig.

Ein anderes Beispiel: Die Gewerkschaften können nicht davon ablassen, noch mehr Lohn für ihre Mitglieder zu fordern, wozu sind sie sonst da? In Deutschland verdient aber ein Arbeiter schon 43 Prozent mehr als in Großbritannien und 59 Prozent mehr als in Spanien. Deutsche Firmen, die nicht nach Spanien übersiedeln, müssen ein schlechtes Management haben. Die Gewerkschaften vernichten also Arbeitsplätze. Viele wissen es, kaum jemand wagt es zu sagen. Keiner der gut bezahlten, mit unkündbarem Arbeitsplatz versehenen, sonst so mutigen Fernseh-Redakteure wagt sich an das Thema heran. Man muss wohl schon im Ruhestand sein wie Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt, um den Gewerkschaften die Wahrheit zu sagen: Sie vertreten eine privilegierte Klasse, die Arbeitsplatzbesitzer. Sie sind ein Feind der Arbeitslosen. Und: Sie sind ein Haupthindernis für die wirtschaftliche Besserung in Deutschland (*Die Zeit*, 9. Januar 2003).

Ein anderer Politiker im Ruhestand, Otto Graf Lambsdorff: „Selbstverständlich brauchen wir niedrigere und einfachere Steuern, wir brauchen die Reform unserer Sozialversicherungssysteme. Das allein ist es aber nicht. Das zu Grunde liegende korporatistische Denken, das Konsensdenken, die mangelnde Zuordnungs-

möglichkeit von Verantwortung, ist das eigentliche Problem“ (FAZ, 6. Januar 2003). Das Konsensdenken: Es setzt natürlich voraus, dass bestimmte Themen nicht oder nur auf festgelegte Weise zu behandeln sind, weil sonst die Probleme zu Tage traten und die Auseinandersetzungen ausbrächen, die zum Dissens führten. So wie die alten linken Stereotypen im politischen Medien-Theater nicht das Ergebnis von Denken, sondern von Denkfaulheit sind, so ist auch das Konsensverhalten in unserer Gesellschaft nicht das Ergebnis von Überzeugungen, sondern vom Mangel an Überzeugungen und vom Mangel an Verantwortung.

Mangelnde Reflexion

Und hier trifft der Vorwurf unser öffentlich-rechtliches Rundfunksystem besonders hart, denn wer wäre für hilfreiche Kritik besser geeignet als das vom Profitstreben freie, mit Gebühren finanzierte Fernsehen, das doch in unser aller Sinn tätig seinsollte? Warum finanzieren wir es denn sonst? Zum 50. Jahrestag des Fernsehens in Deutschland ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk von einer Krise betroffen, die den Zuständigen unbekannt ist. Reflexion ist dem Medium Fernsehen fremd, Selbstreflexion erst recht. Derselben Meinung ist auch Bodo Hombach, einst im Kanzleramt bei Gerhard Schröder tätig, nun Geschäftsführer der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung*. Laut *Tagesspiegel* sagte Hombach auf der letzten Medientagung des Zweiten Deutschen Fernsehens in Mainz, die den Titel trug „Verschwiegene, verschwunden, verdrängt“: Was das Verschwiegene, Verschwundene, Verdrängte der Medien sein könnte – das seien sie selber. Wer kritisiert die Kritiker, die vierte Gewalt im Staat? Wer meldet, wenn ein Skandal am Ende doch keiner war (*Der Tagesspiegel*, 1. November 2002)?

Der Beitrag basiert auf einem Vortrag in der Konrad-Adenauer-Stiftung im Januar 2003.